

Antrag

**an die 172. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 20. Oktober 2017**

Zweckbindung der Wohnbauförderungsbeiträge samt Rückflüssen aus Wohnbauförderungsdarlehen und Verwendung für eine soziale Wohnbauoffensive

Der Immobilienmarkt in Tirol ist seit knapp einem Jahrzehnt von einem hohen Kaufinteresse mit der Folge geprägt, dass der Erwerb einer eigenen Wohnung in der Landeshauptstadt und in manchen Bezirken nahezu unmöglich geworden ist. Mittlerweile sind die Preise in Tirol mit den Werten von Weltstädten wie München und Wien vergleichbar und hat dieser Umstand wesentlich dazu beigetragen, dass Tirol das Interesse internationaler Immobilieninvestoren geweckt hat. Befeuert durch Immobilienkäufe von Anlegern, hat sich Tirol zu einer Hochpreisregion entwickelt und schlägt sich der boomende Immobilienmarkt auch in hohen Mieten von durchschnittlich € 15 pro Quadratmeter im Monat ohne Betriebs- und Heizkosten nieder.

Diese prekäre Situation wurde von den politischen Verantwortlichen in Tirol lange Zeit unterschätzt und es wurde unterlassen, wirksame Gegenmaßnahmen – wie etwa eine soziale Wohnbauoffensive – zu treffen. Leistbares Wohnen in Tirol ist aber noch schaffbar, sofern in Kooperation zwischen Gebietskörperschaften und gemeinnützigen Bauträgern in betroffenen Regionen soziale Wohnbauoffensiven umgesetzt werden.

Der Tiroler Wohnbauförderung als eine der zentralen Steuerungsinstrumente des sozialen Wohnbaus kommt eine tragende Rolle zu, um der Tiroler Bevölkerung wieder einen leistbaren Wohnraum zur Verfügung stellen zu können: Zu diesem Zweck führen Arbeitnehmer monatlich einen Wohnbauförderungsbeitrag ab. Er beträgt 1 % der Lohnsumme und ist jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bis zur Höchstbemessungsgrundlage zu tragen. Das System der Wohnbauförderung ist grundsätzlich notwendig und sinnvoll, allerdings ist zu beanstanden, dass die Wohnbauförderung seit der Aufhebung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsbeiträge durch den Finanzausgleich 2008 ausgehöhlt worden ist.

Seit der Aufhebung der Zweckbindung geht der Wohnbauförderungsbeitrag im allgemeinen Steueraufkommen auf und es werden die zugewiesenen Beträge von einzelnen Ländern unter anderem auch zur Budgetkonsolidierung verwendet. Die

Arbeiterkammer Tirol geht davon aus, dass die Aufhebung der Zweckbindung in der Folge zu einer erheblichen Schmälerung des Wohnbauförderungsvolumens geführt hat. Zwar hat das Land in diesem Zeitraum mehr für die Wohnbauförderung ausgegeben, als es vormals direkt an zweckgewidmeten Mitteln vom Bund erhalten hat. Mangels Berücksichtigung der Rückflüsse aus Wohnbauförderungsdarlehen hat das Land Tirol aber vom Wohnbauförderungsbeitrag profitiert.

Dabei werden Wohnbauförderungsbeiträge und deren Rückflüsse dringend für eine soziale Wohnbauoffensive benötigt, um den exorbitant hohen Immobilienpreisen und Mieten entgegenzuwirken. Die Arbeiterkammer Tirol fordert daher die Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsbeiträge inklusive Rückflüsse und den Start einer sozialen Wohnbauoffensive in jenen Teilen Tirols, die von der immensen Preissteigerung besonders betroffen sind.

Ab 2018 wird zudem der Wohnbauförderungsbeitrag im Sinne der Abgabenaufonomie der Länder zu einer ausschließlichen Landesabgabe, sodass der Landesgesetzgeber die Höhe des Tarifs, ohne bundesgesetzliche Vorgabe einer Ober- oder Untergrenze regeln darf. Damit wird für das Land Tirol ein Spielraum geschaffen, um der Tiroler Bevölkerung wieder leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Das sollte daher zum Anlass genommen werden, um eine Zweckbindung der Wohnbauförderung samt Rückflüsse in § 3 Abs. 1a Tiroler Wohnbauförderungsgesetz wieder zu verankern und diese Beträge für eine soziale Wohnbauoffensive in Tirol zu verwenden.

Die 172. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Tiroler Landesregierung und den Tiroler Landtag auf, in § 3 Abs. 1a Tiroler Wohnbauförderungsgesetz 1991 die Zweckbindung des Wohnbauförderungsbeitrages samt Rückflüsse wieder gesetzlich zu verankern. Gleichzeitig ist eine soziale Wohnbauoffensive unerlässlich, um den Tirolerinnen und Tirolern wieder leistbares Wohnen zu ermöglichen.

